

Schuknecht, Ludger

Article

Für Stabilität und Wachstum in Deutschland und Europa – mehr Markt, mehr Ordnungspolitik wagen!

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Schuknecht, Ludger (2020) : Für Stabilität und Wachstum in Deutschland und Europa – mehr Markt, mehr Ordnungspolitik wagen!, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 73, Iss. 09, pp. 78-88

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225177>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ludger Schuknecht*

Für Stabilität und Wachstum in Deutschland und Europa – mehr Markt, mehr Ordnungspolitik wagen!

IN KÜRZE

Deutschland hat die Covid-19-Krise bisher recht gut gemeistert. Viele rufen nun nach mehr Staat, mehr staatlichen Ausgaben und mehr Interventionen. Dies ist jedoch keine Lösung. Wir brauchen eine marktfreundliche Ordnungspolitik mit besserer Regulierung und einem effizienteren Steuersystem zur Stärkung der Rahmenbedingungen für Investitionen. International sind nicht Protektion und die Renationalisierung der Produktion angesagt, sondern offene Märkte und Marktmechanismen im Klimaschutz. Außerdem müssen wir zu soliden Staatsfinanzen zurückkehren und die Qualität der öffentlichen Ausgaben steigern. Nicht mit »mehr«, sondern einem »besseren« Staat können wir zu Wachstum und Stabilität zurückkehren, anstatt weitere Krisen und Konflikte zu provozieren.

Seit dem Beginn der Covid-19-Krise wird viel nach dem Staat gerufen. Zunächst zu Recht, denn es galt, mit konjunkturfördernde Maßnahmen, Unternehmen und Jobs vor dem plötzlichen wirtschaftlichen Stillstand zu schützen. Aber dann war es der Staat, der für genug Masken und Beatmungsgeräte zuständig wurde, der nötigenfalls Exportverbote verhängen und die Wertschöpfungsketten renationalisieren sollte. Und es besteht vielfach die Erwartung, dass er mit (noch) mehr Sozial- und anderen Staatsausgaben die verbliebenen Missstände in Wirtschaft und Gesellschaft gleich mit löst.

Dieser Allversorgungsanspruch an den Staat klingt zunächst gut, aber er kann nicht gelingen. Eine starke wirtschaftliche Erholung ist nicht möglich, wenn man die Wirtschaft mit vielen zusätzlichen Ansprüchen und Zielen belastet. Und es gerät in Vergessenheit, dass oft genug der Staat – Staatsversagen – und nicht der Markt die Ursache von Problemen ist. Zudem ist es nicht der Staat, sondern der Markt, über den Masken und Beatmungsgeräte überraschend schnell in ausreichender Zahl und zu einem erschwinglichen Preis bereitgestellt wurden. Und im Markt wird das Geld

erwirtschaftet, mit dem der Staat seine Aktivitäten finanzieren kann.

Natürlich braucht es einen leistungsfähigen Staat, denn ungezügelter Märkte neigen zu Übertreibungen (wie an den Finanzmärkten), bestimmte Güter und Dienstleistungen würden nicht oder nicht ausreichend produziert (wie Bildung) und manche negative Effekte würden nicht ausreichend bepreist (wie die Umweltverschmutzung). Der Staat muss den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen, die Spielregeln, setzen und essentielle öffentlich Güter bereitstellen. Nur dann kann der Markt seine ziemlich beeindruckende Wirkung entfalten, die mit mehr Chancengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und wachsendem »Wohlstand für alle« verbunden ist (vgl. Erhard 1957/2009). Schon Adam Smith hat so argumentiert (siehe Braunberger in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. August 2020).

Diesen Ansatz über die Rolle des Staates und des Marktes nennt man traditionell Ordnungspolitik, und wir sind damit als »soziale Marktwirtschaft« jahrzehntelang gut gefahren. Es ist keineswegs ein deutscher intellektueller Alleingang und gilt im internationalen Kontext immer noch als das Nonplusultra unter dem Stichwort »rules-based multilateral system«.

Jetzt wird allerdings nicht nur am Image der Ordnungspolitik gekratzt, sondern auch die grundsätzliche Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt in Frage gestellt. Dies ist ein guter Anlass, die anstehenden Herausforderungen aus ordnungspolitischer Perspektive zu diskutieren:

1. Schwaches Wachstum in Europa liegt nicht an mangelnder Nachfrage, sondern hat strukturelle Hintergründe. Es fehlt nicht an staatlichem Geld und Interventionen, sondern an guten Rahmenbedingungen, um wettbewerbsstarke Märkte und mehr produktive Investitionen hervorzubringen (vgl. SVR 2019; 2020; Fuest 2020).
2. Es droht die Teilabwicklung der Globalisierung und der damit verbundenen, marktgetriebenen Arbeitsteilung, wenn Wertschöpfungsketten renationalisiert werden sollen und die Handelspolitik für andere Politikziele instrumentalisiert wird. Statt mehr Resilienz drohen weniger Wachstum und Wohlstand und noch mehr internationale Konflikte.
3. Während vielfach mehr Geld und mehr Staat für die Erreichung wichtiger gesellschaftlicher

* Dr. Ludger Schuknecht ist ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der OECD und war zuvor Leiter der Grundsatzabteilung und G 20 Deputy im Bundesfinanzministerium. Ein großer Dank gebührt Christoph Schmidt, Vincent Siegerink und Helen Winter für Kommentare und Unterstützung. Kontakt: mail@ludgerschuknecht.de.

Ziele wie Gesundheit, Bildung und Klimaschutz gefordert werden, stoßen viele Regierungen an die Grenzen der Verschuldung und werden von Vertrauenskrisen geschüttelt. Statt noch mehr Staatsausgaben sollten wir einen »besseren«, nachhaltigeren Staat anstreben.

KRISENMANAGEMENT

In Deutschland war das Krisenmanagement in Corona-Zeiten recht erfolgreich. Das spricht für eine gute wirtschaftspolitische Strategie in der Vergangenheit mit soliden Staatsfinanzen und funktionierenden Märkten. Schnell wurden marktseitig Wege gefunden, die Produktion knapper Gesundheitsgüter rasant hochzufahren. Das wird oft vergessen, wenn wir der Politik gute Noten geben, aber die Leistung der Wirtschaft als selbstverständlich hinnehmen. Viele Unternehmen, haben mit (und ohne!) staatlicher Hilfe – ihre Aktivitäten fortgesetzt und die Beschäftigung gehalten, um Humankapital und unternehmerische Kapazitäten zu erhalten.

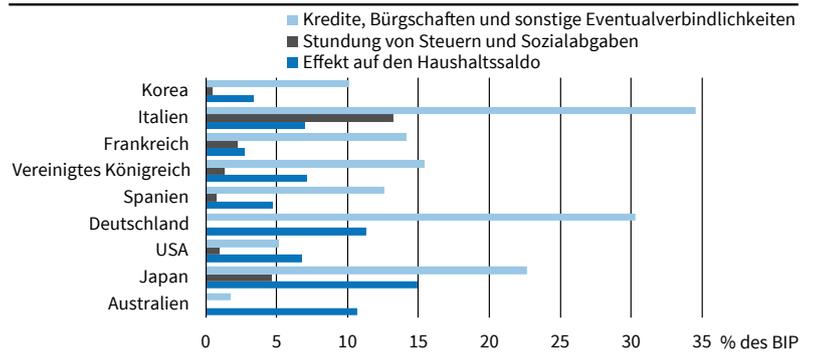
Das Ausmaß staatlicher Krisenmaßnahmen ist in fast allen Industrieländern enorm. Direkt haushaltswirksame Maßnahmen liegen in der Größenordnung von 3–15% des BIP (vgl. Abb. 1). Andere Maßnahmen, wie Kredite oder Garantien, erreichen bis 35% des BIP (Stand: Mitte August 2020) – mit weiteren Maßnahmen in vielen Ländern in der Planung. Deutschland ist das zweit spendabelste Land in beiden Kategorien mit direkten Maßnahmen von über 10% des BIP und Eventualverbindlichkeiten von über 30%. In Europa haben sich die 27 EU-Mitgliedsländer zudem auf ein gemeinsames Unterstützungsprogramm von 1,5 Billionen Euro geeinigt, teilweise finanziert durch europäische Schulden, und davon erstmalig 390 Mrd. Euro als Zuschüsse.

Zwar konnten diese Maßnahmen den, oft angebotsseitig getriebenen, starken Einbruch im ersten Halbjahr 2020 nicht verhindern, aber Nachfrage und Beschäftigung haben sich dadurch deutlich positiver entwickelt, als sonst zu befürchten gewesen wäre. Trotzdem wird erwartet, dass selbst Ende 2021 das globale Produktionsniveau von Ende 2019 kaum wieder erreicht wird (vgl. Abb. 2, OECD, Economic Outlook, Juni 2020). Die Arbeitslosigkeit wird wohl deutlich höher liegen als vor der Krise. Entsprechend groß ist der Druck, die Programme so lange fortzusetzen, bis sich die wirtschaftliche Tätigkeit wieder weitgehend normalisiert hat. Das wird jedoch die strukturellen Probleme unserer Volkswirtschaften nicht lösen und die Rekordverschuldung in vielen Ländern weiter in die Höhe treiben.

WACHSTUM UND WETTBEWERB

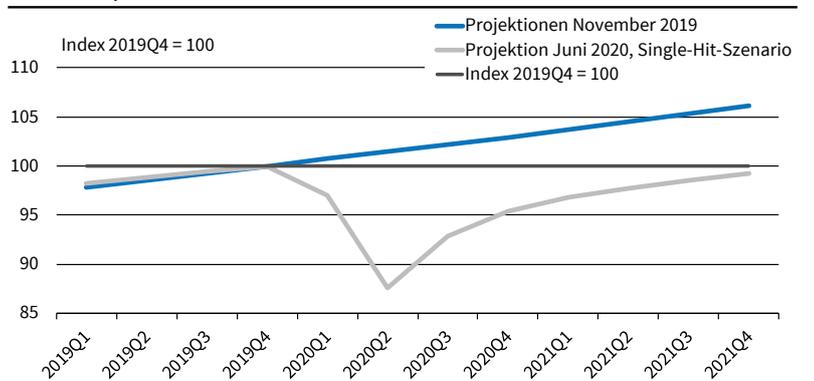
Investitionen und Innovationen sind die zentralen Bausteine für das Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand. Aber das gesamtwirtschaftliche Wachs-

Abb. 1
Staatliche finanzielle Unterstützung in ausgewählten OECD-Ländern



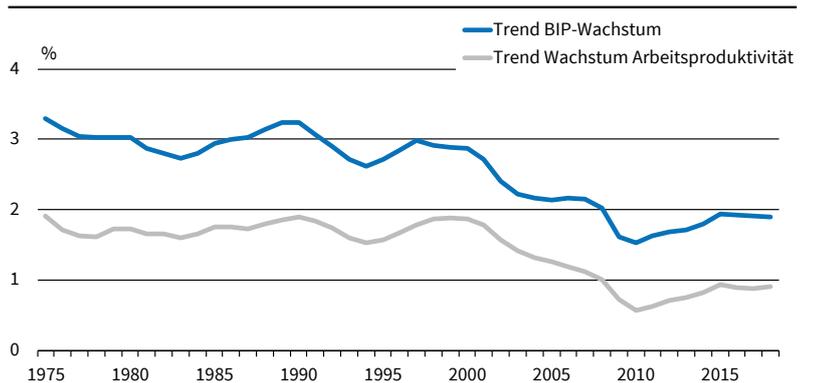
Amthliche Schätzungen (sofern verfügbar) der finanziellen Hilfen, die im Rahmen der staatlichen Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise beschlossen wurden (Stand: 15. August 2020).
Quelle: OECD. © ifo Institut

Abb. 2
Wachstumspfad der Weltwirtschaft



Quelle: OECD (Juni 2020), Economic Outlook. © ifo Institut

Abb. 3
Trend- und Produktivitätswachstum



Quelle: OECD, Economic Outlook Database. © ifo Institut

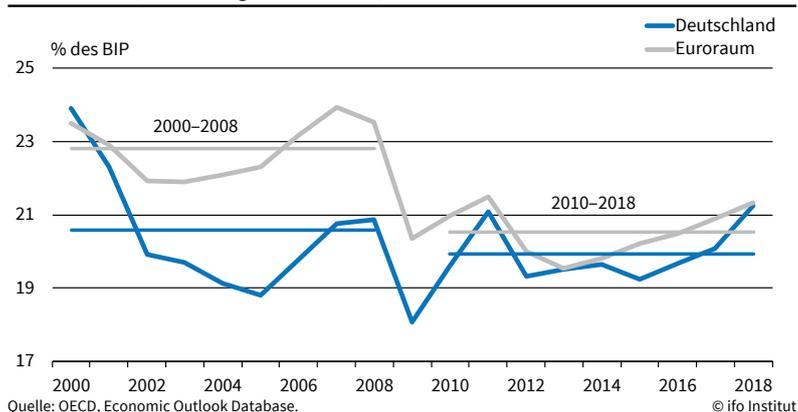
tum ebenso wie das Wachstum der Produktivität hat in den Industrieländern in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgenommen (vgl. Abb. 3).

Investitionsschwäche und »Zombifizierung«

Während die 1970er und 1980er Jahre noch Wachstum um die 3% pro Jahr sahen, waren es in der vergangenen Dekade weniger als 2%. Das ging mit deutlich

Abb. 4

Investitionen (Bruttoanlageinvestitionen)



Quelle: OECD, Economic Outlook Database.

© ifo Institut

weniger Produktivitätswachstum einher, das zuletzt im Durchschnitt eher unter 1% pro Jahr lag, auch in Deutschland.

Viele Beobachter machen dafür die sogenannte Ersparnisschwemme verantwortlich, d.h. einen Mangel an Nachfrage, um die vielen Ersparnisse zu verwenden. Andere deuten dagegen auf den Rückgang der Investitionstätigkeit in vielen Industrieländern, vor allem im Zusammenhang mit einem Mangel an Strukturreformen, was eher eine angebotsseitige Erklärung von schwachem Wachstum nahelegt.

Der Rückgang der Investitionen in Europa ist gut dokumentiert (vgl. Abb. 4). In der Eurozone fiel die Investitionsquote von 22,8% des BIP in der Zeit von der Euroeinführung bis zur Finanzkrise auf nur 20,5% in der Dekade von 2010 bis 2019. Gleichzeitig erhöhten vor allem Unternehmen ihre Ersparnisse, Haushalte dagegen kaum. In Deutschland war dieser Investitionsrückgang deutlich geringer, betrug aber immerhin auch 0,7% vom BIP, trotz recht robustem Wachstum. Private Investitionen machen 80–90% aller Investitionen aus und sind damit schon rein rechnerisch die wichtigere Zielgröße. Manche Beobachter betonen den Rückgang der öffentlichen Investitionen in der Eurozone, aber dieser betrug nur 0,3% des BIP, also nur 15% des Gesamtrückgangs. In Deutschland gab es sogar einen leichten Anstieg.

Diese Fakten sprechen eher für die angebotsseitige Erklärung der langanhaltenden Wachstumsschwäche. Viele Beobachter beklagen zudem die zunehmende **Zombifizierung** der westlichen Volkswirtschaften. Damit ist das Überleben von eigentlich nicht lebensfähigen Unternehmen und Banken gemeint, deren Marktaustritt durch Wegschauen (»forbearance«) der Aufseher und Banken verzögert wird, weil man auf diese Weise Verluste in der Bankbilanz oder höhere Arbeitslosigkeit vermeiden kann.

Der Preis dafür ist allerdings, dass dadurch eine Konsolidierung der Wirtschaft und der Markteintritt von produktiveren Wettbewerbern erschwert werden, mit der Folge erlahmender Investitionen und geringen Produktivitätswachstums. Adalet McGowan, Andrews

und Millot (2017) schätzen diese Effekt vor allem für einige südeuropäische Länder als sehr hoch ein (vgl. Abb. 5). Mit der Corona bedingten höheren Verschuldung und verbreiteten Aussetzung der Insolvenzordnung wird sich dieses Problem in vielen Ländern potenziell deutlich verschärfen.

Rahmenbedingungen für mehr Investitionen und Wachstum

Wenn man wissen will, welche Reformen für ein investitions- und wachstumsfreundlicheres Klima nötig sind, lohnt ein Blick auf Indikatoren der »guten Staatsführung« und marktfreundlichen Regulierung. Denn die OECD (2019, November Outlook) berichtete, dass etwa 30% aller Unternehmen eine investitionsfeindliche Politik beklagten und 20% die regulatorischen Anforderungen als Haupthindernisse betrachteten.

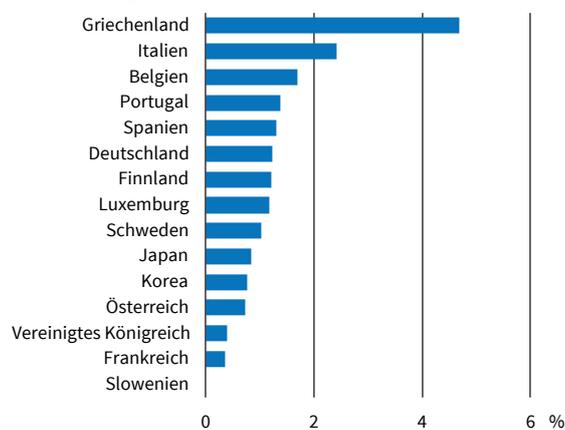
Rechtsstaatlichkeit

Bei **Rechtsstaatlichkeit, Korruption, Gerichtsbarkeit und Bekämpfung der Schattenwirtschaft** gibt es eine deutliche Korrelation zwischen Wachstumsschwäche und Mängeln in der Staatsführung. Italien und Griechenland, Europas Wachstumsschlusslichter der vergangenen Dekade, zeigen fast durchweg schwache Indikatoren, während andere europäische

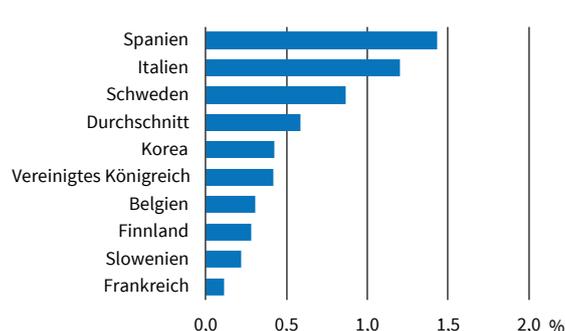
Abb. 5

Zombifizierung

A. Investitionszuwachs durch Reduzierung des in Zombie-Unternehmen gebundenen Kapitals auf den untersten Länderwert



B. Zunahme der gesamtwirtschaftlichen MFP durch Reduzierung des in Zombie-Unternehmen gebundenen Kapitals auf den untersten Branchenwert



Quelle: Adalet McGowan, Andrews und Millot (2017).

© ifo Institut

Länder inklusive Deutschland meist in der Spitzengruppe liegen. Zu dieser gehört aber auch Singapur, und andere asiatische Länder wie Korea haben ebenfalls stark aufgeholt.

Ähnlich sieht es mit der Regulierung aus. Der Weltbank »Ease of Doing Business Index« zeigt dass Frankreich inzwischen kurz hinter China liegt. Italien und Griechenland sind weit abgeschlagen (vgl. Abb. 6). Auch Deutschland erringt mit Rang 22 keinen Spitzenplatz, und in den letzten fünf Jahren wurden ein paar Plätze eingebüßt; dennoch steht es bei vielen Rahmenbedingen insgesamt recht gut da.

Unser Hang zu europäischer Selbstzufriedenheit und Nabelschau lässt allerdings leicht den Blick auf den Fortschritt in Asien aus dem Blick geraten. In der Spitzengruppe der Top 5 befinden sich drei asiatische Volkswirtschaften: Singapur, Hongkong und Korea.

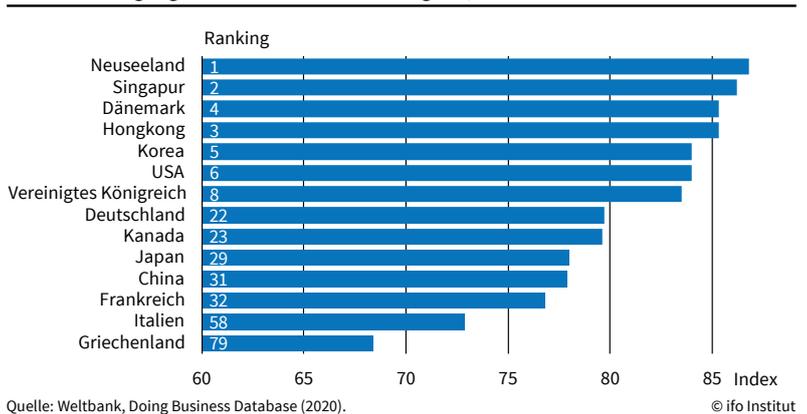
Wenn es um Investitionshemmnisse geht, erhalten meist die Finanzierungsbedingungen und die digitale Infrastruktur die größte Aufmerksamkeit. Die Fakten liegen jedoch anders. Die europäische Investitionsbank (EIB 2020) berichtet, dass diese beiden Faktoren aus internationaler Perspektive nur begrenzt Investitionshemmnisse sind. Vielmehr wird die Regulierung von Unternehmen und der Arbeitsmärkte sowie die politische Unsicherheit als besonders relevante Hindernisse angesehen – auch das spricht für die ordnungspolitische Bedeutung besserer Rahmenbedingungen.

Regulierung und Vergabeverfahren

Eine OECD Umfrage bei regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften ergab schon 2015, dass 90% der Teilnehmer **komplexe Regulierung und Vergabeverfahren** als Hinderungsgrund für öffentliche Investitionen ansehen. Interne Problem wie ineffektive Planung und Koordinierung und ein Mangel an Überwachung und Evaluierung waren für 70% der Teilnehmer ein Problem. Es gibt zu Governance-Fragen zwar eine Reihe von nationalen Studien in Entwicklungs- und Schwellenländern, jedoch überraschenderweise wenig systematische Forschung in Industrieländern und keine international vergleichbaren Indikatoren (z.B. wie lange dauert der Bau einer Straße in der OECD).

In Deutschland ist die Situation ähnlich wie für die OECD als Ganzes. Das KfW-Kommunalpanel bestätigt, dass die Finanzierung nicht das dringendste Problem bei öffentlichen Investitionen ist (vgl. KfW 2020). Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Wirtschaftsministerium (2020) ergab, dass europäische und nationale Gesetze, oft verstärkt durch die Rechtsprechung, zu hoher Regulierungsdichte, langwierigen bürokratischen Prozessen und Verzögerungen beitragen. Ebenso bestätigt der Normenkontrollrat (Juli 2020) die kostentreibenden Effekte von neuem EU-Recht. Beide Berichte unterbreiten detaillierte Vorschläge zur Verfahrensverschlangung bei Investitionen im Inland und der EU. Die Neuausrichtung

Abb. 6
Rahmenbedingungen unternehmerischer Tätigkeit, 2020



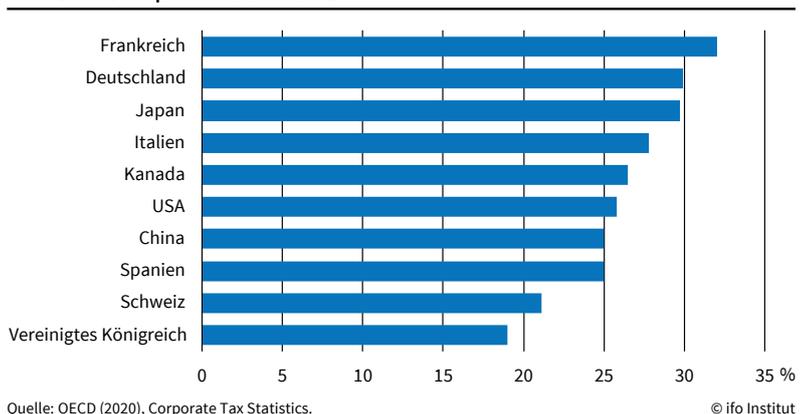
der Bundesfernstraßenverwaltung dürfte effizienzsteigernd wirken, aber es gibt auch viel Skepsis über die bisherigen und geplanten Versuche, die Bürokratie und Regulierungsdichte zu verringern.

Steuersystem

Die Schwäche der Investitionen in Deutschland (und manchen anderen Ländern) wird zudem vom **Steuersystem** verstärkt. Im internationalen Vergleich sind vor allem die Unternehmensteuern und die Grenzsteuersätze der Einkommensteuer sehr hoch. Die Summe der deutschen Unternehmensteuern liegt mit ca. 30% im internationalen Spitzenfeld (vgl. Abb. 7). Nur Frankreich lag jüngst noch darüber, aber eine Reduzierung auf 26% ist auf dem Weg. Dabei haben internationale Studien gezeigt, dass Unternehmensabwanderungen etwa 80% der aus höheren Steuern möglichen Einnahmen wegerodieren (vgl. Crivelli, de Mooij und Keen 2015). Deutschland muss wahrlich nicht mit Steueroasen konkurrieren und setzt sich zu Recht für eine internationale Mindestbesteuerung ein. Aber eine Absenkung auf den OECD-Durchschnitt von maximal 25% würde wohl ein deutliches Mehr an Investitionen und Jobs bringen und dabei kaum Einnahmen kosten.

Ähnlich sieht es bei der Einkommensteuer aus. Der Spitzensteuersatz von 42% plus Soli fällt bei Sing-

Abb. 7
Gesetzlicher Körperschaftsteuersatz



les und Zweitverdienern bereits beim 1,4-fachen des Durchschnittseinkommens an. Das ist international ebenfalls fast »Spitze«; der Durchschnitt in der OECD liegt beim 5-fachen (vgl. OECD 2020).

Die hohe Besteuerung mittlerer Einkommen ist ein enormer Negativanreiz für Arbeit, der besonders Zweitverdiener (und damit Frauen) betrifft. Da ein Mangel an Fachkräften in allen Umfragen als wichtiges Investitionshindernis genannt wird, würde auch eine Einkommensteuerreform indirekt die Investitionen stärken. Hier wären eine Abflachung der Progression im mittleren Einkommensbereich (Mittelstandsbauch) und eine Verschiebung der Progression sinnvoll.

Die Zukunftsfestigkeit des Steuersystems hätte gut bei den Maßnahmenprogrammen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie berücksichtigt werden können. So haben die Krisenprogramme die Spielräume für Steuersenkungen wohl auf lange Zeit aufgezehrt, es sei denn, es findet sich eine Gegenfinanzierung. Es wäre z.B. überlegenswert, die zusätzlichen Staatseinnahmen aus der CO₂-Bepreisung für Steuersenkungen zu verwenden, anstatt sie an anderer Stelle zusätzlich auszugeben. Es ist erstaunlich, dass diese Frage kaum diskutiert wird.

Industrie- und Wettbewerbspolitik

Zum Investitionsklima gehört auch die **Industrie- und Wettbewerbspolitik**. Deutschland ist mit seinem ordnungspolitischen Ansatz in den letzten Jahrzehnten gut gefahren und hat die typischen Misserfolge des staatlichen Dirigismus vermieden. Der Erfolg der deutschen Binnen- und Exportwirtschaft ist dafür ein klarer Beleg, und diese »Tradition« sollte nicht geopfert werden.

Viel spricht für eine holistische, strategische Wirtschaftsförderung, die gute Rahmenbedingungen setzt, wie hoffentlich beim Wasserstoff. Auch für ein modernes Wettbewerbsrecht in der digitalen Wirtschaft gibt es gute Vorschläge, z.B. bei Müller und Wambach (2018). Was sich geändert haben soll, um eine staatliche Förderung von bestimmten Produkten oder mehr europäische »Champions« und Großpro-

jekte zu begründen, ist weniger klar. Ein solcher Ansatz bedeutet für die Exekutive ein großes Risiko des Misserfolgs, und er lädt Investoren zu Rent Seeking und Lobbyismus ein, anstatt die Chancen im Markt zu suchen.

Bildungssystem

Entscheidend für Chancengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wachstum via Investitionen wird zudem unsere Bereitschaft sein, die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems weiter zu verbessern (z.B. Schulbildung, digitales und lebenslanges Lernen). Deutschland und Europa drohen wiederum vor allem im Vergleich zu Asien zurückzufallen. Ein eigener Aufsatz hierzu erschien im *ifo Schnelldienst* Nr. 15, 2019, (Schleicher und Schuknecht 2019, vgl. auch die verschiedenen Arbeiten von L. Wößmann).

OFFENE MÄRKTE STATT MISSBRAUCH DER HANDELSPOLITIK

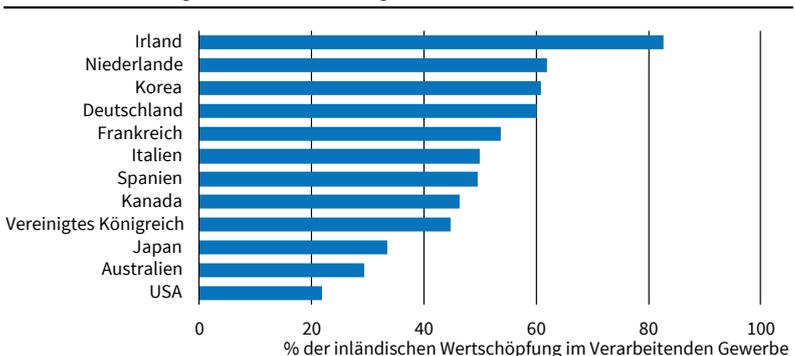
Die Covid-19-Krise hat die Vor- und Nachteile der Globalisierung stärker ins Rampenlicht gerückt. Gegner betonen übertriebene Arbeitsteilung als Ursache für Versorgungsengpässe bei Schlüsselprodukten wie Medikamenten und Masken in vielen Ländern. Daraus folgern sie, dass mehr nationale Produktion und Wertschöpfungsketten nötig sind, um Resilienz zu stärken. Zudem fordern sie, dass der Klimawandel durch Handelsbarrieren gegen Klimasünder gefördert wird, um sogenanntes Carbon Leakage, also die Abwanderung von CO₂-intensiven Produkten in andere, weniger »grüne« Länder zu verhindern. Diese Ansätze haben das Potenzial zu sehr kostspieligen Politikfehlern.

Resilienz versus Effizienz, ein Gegensatz?

Unsere Volkswirtschaften sind in einem sehr hohen Maße in die internationale Arbeitsteilung eingebunden, deren Störung massive negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte hätte. Ein großer Teil der einheimischen Industrieproduktion in allen Industrieländern ist im nächsten Schritt ein Input für ausländische Produzenten. So spielen etwa 80% der irischen Industrieproduktion eine solche Rolle (vgl. Abb. 8). Für die Niederlande, Korea und Deutschland sind es immerhin noch 60% und selbst für die USA noch über 20%. Jede Störung der Handelskanäle und der ausländischen Nachfrage durch Protektionismus – ein sogenannter negativer Nachfrageschock – würde massive Effekte auf die Produktion im Inland haben.

Die umgekehrten Rückkoppelungseffekte sind ähnlich stark (vgl. Abb. 9). Wenn z.B. durch Exportkontrollen ausländische Güter das nächste Glied in der Wertschöpfungskette nicht erreichen, hat das ebenfalls massive Auswirkungen auf die einheimische Produktion. In Lettland sind fast 70% der industriellen Wertschöpfung Importe aus anderen Ländern, für

Abb. 8
Anfälligkeit gegenüber einem Nachfrageschock
Inländische Vorleistungen der Auslandsnachfrage



Quelle: OECD TIVA Datenbank und OECD-Berechnungen. © ifo Institut

das Vereinigte Königreich sind es über 50% und für Deutschland fast 30%. Auch hier gilt: Angebotschocks durch Protektionismus wären extrem schädlich.

Die OECD (2020d) hat die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von einer stärker autarkieorientierten Handelspolitik simuliert. Die Annahme ist, dass global die Zölle auf 25% steigen, Länder 1% ihres BIP verwenden, um lokale Produktion zu fördern, und Firmen ihre Lieferanten schwerer ändern können (geringere Importsubstitutionselastizität). Trotz dieser nicht besonders extremen Annahmen wären die Auswirkungen recht verheerend. In Deutschland, z.B. würden das BIP um 5% (fast 200 Mrd. US-Dollar) und die Exporte um fast 10% zurückgehen (vgl. Abb. 10).

Für andere Länder wären die Auswirkungen noch größer. Für das Vereinigte Königreich und Kanada wäre der Einkommensverlust über 10% und der Exportrückgang um die 30%. Der Schaden für die USA wäre prozentual ähnlich hoch und bedeutete einen Einkommensverlust von ca. 1 Billion US-Dollar. Diese Zahlen bedeuten – dauerhaft – negative Effekte, die oft höher sind als die – hoffentlich vorübergehenden – Kosten der Coronakrise.

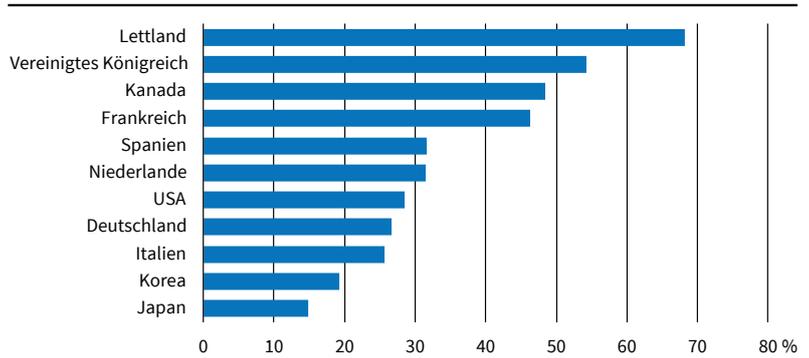
Die Verkürzung der Wertschöpfungsketten und Verringerung der Arbeitsteilung würde zudem die Produktivität senken und die Preise in die Höhe treiben. Das würde Druck auf Realeinkommen sowie hochverschuldete Unternehmen und Staaten ausüben, wenn als Folge die Löhne weniger und die Zinsen stärker steigen müssten.

Espita, Rocha und Ruta (2020) haben untersucht, wie sich die exportbehindernden Maßnahmen während der Covid-19-Krise auf die Preise von medizinischen Gütern ausgewirkt haben. Preise stiegen als Folge von Exportrestriktionen zum Teil über 40% (vgl. Abb. 11). Für viele Produkte stiegen die Preise um über 20%, und selbst bei Seife und Desinfektionsmitteln waren es über 7%. Dies ist nur eine kleine Produktpalette ohne große makroökonomische Auswirkungen, aber man kann sich vorstellen, was es bedeuten würde, wenn eine breite Auswahl betroffen wäre.

Ob es einen Trade-off zwischen Effizienz und Resilienz gibt ist deshalb die falsche Frage. Mit den oben beschriebenen Wachstumseinbrüchen gäbe es weniger wirtschaftliche Stabilität und Resilienz, auch wenn in Deutschland vielleicht mehr Masken und in Frankreich mehr Beatmungsgeräte produziert würden. Zudem würde das internationale Konfliktpotenzial mit Maßnahmen und Gegenmaßnahmen noch einmal enorm anwachsen.

Wenn man dennoch das Ziel größerer Unabhängigkeit bei Schlüsselprodukten gutheißt, kommt es entscheidend auf die internationale Koordination und die richtige Wahl der Produkte und Instrumente an, um Verzerrungen, Konflikte und Kosten zu minimieren. Dafür sind Analysen, wie die oben präsentierte, enorm hilfreich. Es gälte zunächst, die Liste von Produkten zu definieren, für die möglicherweise mehr Diversifi-

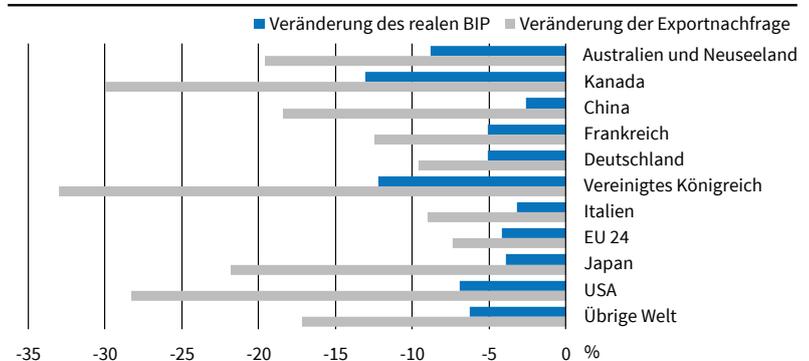
Abb. 9
Anfälligkeit gegenüber einem Angebotschock
Ausländische Vorleistungen der Inlandsproduktion



Quelle: OECD TiVA Datenbank und OECD-Berechnungen.

© ifo Institut

Abb. 10
Simulationen des BIP und der Exportnachfrage in einer »lokalisierten«
Volkswirtschaft auf Basis des METRO-Modells der OECD



Quelle: OECD (2020), Shocks, risks, and global value chains: insights from the OECD METRO model.

© ifo Institut

zierung der Produktion (und als letztes Autarkie) nötig ist. Simulationen würden wohl zeigen, dass der Nutzen von mehr Autarkie die Kosten selten übersteigt. Internationale Kooperationsabkommen könnten helfen, die Länge der Liste zu minimieren. Denn je weniger Produkte und je mehr Kooperation für Lieferungen im Krisenfall, desto geringer das Potenzial für Ineffizienz, Verzerrungen und Konflikte. Hier wäre viel Potenzial für eine kostenminimierende und WTO-konforme, internationale Koordinierung.

Abb. 11
Effekt von Ausfuhrbeschränkungen auf die Preise medizinischer Produkte



Quelle: Espitia, Rocha und Ruta (2020).

© ifo Institut

Klimaschutz im internationalen Kontext

Das zweite große Politikfeld, in dem wir mehr statt weniger Markt wagen sollten, ist die Klimapolitik. Um die Klimaziele für die kommenden Jahrzehnte und die Dekarbonisierung bis 2050 zu erreichen, zu der das Pariser Abkommen verpflichtet, sollten wir die Maßnahmen verwenden, die volkswirtschaftlich am wenigsten kosten. Denn selbst dann wird es eine große Herausforderung.

Der beste, marktbasierende Mechanismus zur Verringerung der CO₂-Emissionen ist ihre Bepreisung. Dafür gibt es zwei Wege, nämlich die Besteuerung von Emissionen und die Begrenzung von Emissionsrechten. Die Bundesregierung hat hier bereits eine richtige Grundentscheidung getroffen und will den Emissionshandel zum Anker des CO₂-Emissionspfades machen.

Emissionshandel hat zwei entscheidende Vorteile. Erstens erlaubt er, sofern alle Emissionen in den Handel eingebunden sind, eine zielgenaue Verringerung der Emissionen, die über den Preismechanismus »automatisch« (wie in jedem andern Markt auch) erreicht wird. Zweitens, erleichtert der Emissionshandel den Job der Politik. Bei einem steuerbasierten Modell müssten regelmäßig die Steuern erhöht werden, wodurch Lobbying-Anreize gegen eine geringere Steuer

für alle oder einzelne Gruppen entstünden – die »Gelbwesten« in Frankreich haben es vorgemacht.

Natürlich kann es geraten sein, mit weiteren Maßnahmen flankierend einzugreifen, um z.B. extreme Preisschwankungen zu verhindern, oder besonders betroffene, sozialschwache Verbraucher oder ökonomisch-strategisch wichtige Produzenten zu unterstützen. Auch hier sollte auf Kosteneffizienz geachtet werden, aber das ist leichter gesagt als getan, denn regelmäßig werden regulatorische oder fiskalische Fördermaßnahmen von Sonderinteressen gekapert.

Stand der CO₂-Bepreisung

Wo steht die internationale Gemeinschaft und Deutschland bei der CO₂-Bepreisung? Hier kann man verschiedene Darstellungen wählen, um entweder den Preis pro Tonne für verschiedene Emissionsquellen oder die Lücke in der Bepreisung relativ zu einem Zielpreis festzustellen. Die OECD (2018) hat dazu seit Jahren Pionierarbeit geleistet. In Abbildung 12 wird dargestellt, welcher Anteil der Emissionen 2015 mit wenigstens 5, 30 oder 50 Euro gepreist wurde. Für Brasilien war dieser Anteil mit 25% zu 5 Euro am geringsten. In Italien dagegen wurden fast 80% der CO₂-Emissionen mit wenigstens 5 Euro pro Tonne gepreist. Die Schweiz hatte den höchsten Anteil an Emissionen die wenigstens 30 Euro pro Tonne »kosteten«, nämlich 70%. Deutschland hatte einen ähnlich hohen Anteil gering bepreister Emissionen wie Italien, während der Anteil, der 30 oder gar 60 Euro kostete, mit knapp 20% (Straßenverkehr!) eher gering war.

Wenn man einen Referenzpreis wählt – hier 30 Euro – und sich fragt, welcher Anteil der Emissionen wenigstens mit 30 Euro pro Tonne belastet wird, dann ergibt sich ein Maß der Carbon Gap (vgl. Abb. 13). Diese war 2015 mit 27% in der Schweiz am geringsten. In vielen europäischen Ländern lag die Lücke zwischen 30 und 60%, und Deutschlands 53% waren etwas über dem europäischen Durchschnitt. Über alle OECD- und G-20-Länder lag die Lücke jedoch bei 76,5%. Das reflektiert zwar einen graduellen Rückgang, der sich in den letzten Jahren fortgesetzt haben dürfte, aber insgesamt sind die Emissionspreise meist zu niedrig. Nichtsdestotrotz bietet diese Maßzahl ein hervorragendes Messinstrument um einen internationalen Vergleich zu ermöglichen.

Eine gute internationale Vergleichszahl ist deshalb so notwendig, weil der Klimaschutz nur global gemeistert werden kann. Europa ist für weniger als 10% aller globalen Emissionen verantwortlich. Deshalb ist ein Alleingang nicht sinnvoll, sondern eine globale Koordinierung essentiell.

Eine große Versuchung erwächst im internationalen Umfeld aus dem Risiko des Carbon Leakage. Wenn Europa höhere CO₂-Preise verlangt als andere Länder, droht die Produktion CO₂-intensiver Produkte dorthin abzuwandern. Das wiederum ruft in Europa protektionistische Interessen auf den Plan, die für

Abb. 12 Anteil der bepreisten Emissionen je Tonne CO₂

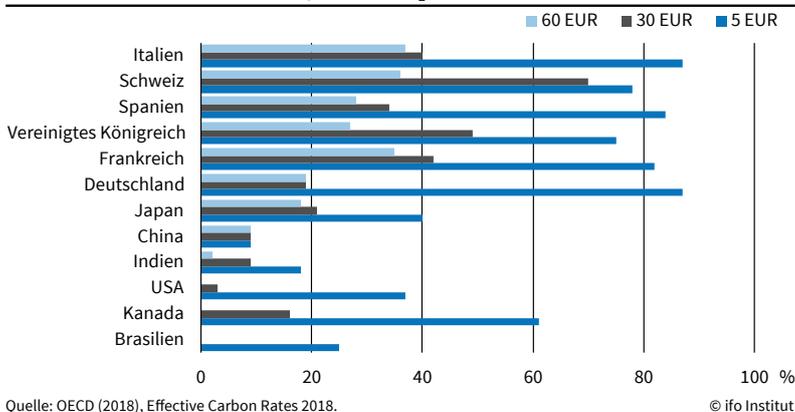
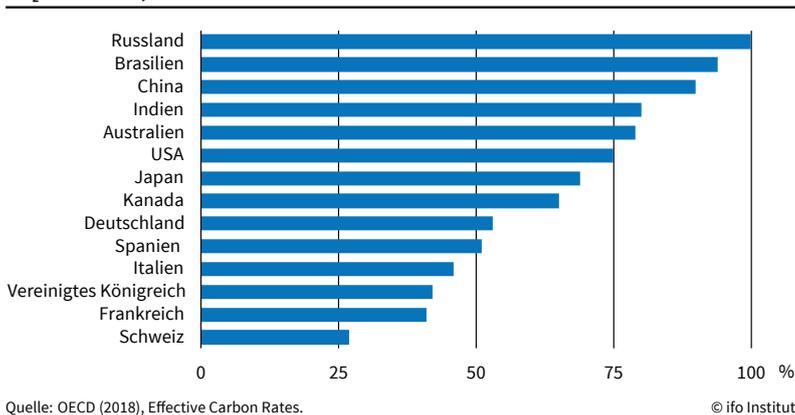


Abb. 13 CO₂-Preislücke, 2015



CO₂-intensive Produkte – und im Windschatten davon auch alle möglichen anderen – eine Grenzabgabe oder andere Beschränkungen fordern werden.

Auch hier ist ein Preisausgleich das effizientere Mittel als Quoten oder Regulierung, aber es bleibt ein suboptimaler Ansatz. Er schafft neue Bürokratie, und Lobbying-Anreize. Es ist fast sicher, dass einseitige Maßnahmen zu neuen Handelskriegen führen werden. Deshalb sollten solche Maßnahmen in Kooperation mit den internationalen Partnern vermieden werden.

NACHHALTIGKEIT UND EFFIZIENZ DER STAATSFINANZEN

Wie schon gesagt, hat die Covid-19-Krise zu historisch einmaligen Konjunkturstimuli fast überall auf der Welt geführt. Es ist zwar unklar, in welchem Umfang Unterstützungsprogramme abgerufen werden, so dass die budgetären Auswirkungen wohl oft geringer ausfallen dürften als im Maximum budgetiert. Aber sie werden in jedem Fall massiv sein.

Nachhaltigkeit

Trotz der großen Unsicherheit haben IWF und EU-Kommission erste Schätzungen über die Defizite und Schuldenentwicklungen in diesem und im kommenden Jahr veröffentlicht. In vielen Ländern werden zweistellige Defizitquoten erwartet. Dies und der Rückgang der Wirtschaftsleistung werden die Staatsverschuldung massiv in die Höhe treiben (vgl. Tab. 1). Der erwartete Anstieg 2020 liegt im G-7-Schnitt bei 15% und in den USA und Italien sogar bei über 20% des BIP. Damit wird die Schuldenquote in Japan bei über 250%, in Italien bei über 150% und in den USA bei über 130% liegen. Die deutschen Zahlen sehen noch vergleichsweise glimpflich aus.

Zudem ist zu befürchten, dass einige Kredite ausfallen und Garantien schlagend werden, was die Schuldenstände weiter erhöhen wird. Am »teuersten« würde voraussichtlich eine weitere Finanzkrise. Wenn man die globale Finanzkrise als Referenz akzeptiert (die Wirtschaft brach damals weniger ein, aber die

Banken waren schwächer), dann können solche Krisen durchaus zu Anstiegen des Schuldenstands um 50% des BIP und mehr führen (vgl. Schuknecht 2019). Das liegt auch daran, dass in Krisen oft ein Teil der privaten Schulden sozialisiert, also auf den Staat übertragen, werden. In der Covid-19-Krise sind die globalen Schulden auch im Privatsektor auf neue Rekordstände gestiegen.

Kurzfristig sind hohe Schulden nicht sehr problematisch, denn die Zinsen sind extrem niedrig. Sie liegen für viele Länder auch im langfristigen Bereich unter oder nahe null. Selbst hochverschuldete Länder wie Italien konnten sich im Sommer 2020 auf zehn Jahre für kaum mehr als 1% finanzieren. Wenn dieses Zinsumfeld langfristig erhalten bleibt, wird auch die Zinslast übersichtlich sein.

Die größte Gefahr geht deshalb vom zukünftigen Markt- und Zinsumfeld aus. Wenn die Zinsen allgemein oder für hochverschuldete Länder wieder steigen, kann durchaus die Schuldentragfähigkeit gefährdet sein. 2% höhere Zinsen heißen für Italien langfristig 3% höhere Staatsausgaben. Das entspricht in etwa dem Investitionsbudget des Landes, das dann an anderer Stelle eingespart werden müsste.

Wenn der Schuldenstand nachhaltig sinken soll, braucht man (ungefähr) ausgeglichene Haushalte und Wachstum, denn dadurch sinkt der Schuldenwert relativ zum BIP. Trotzdem ist Schuldenabbau meist ein langwieriger Prozess. Die meisten Länder haben in der Erholungsphase der Weltwirtschaft ihre Schulden kaum gesenkt, weil ihre Defizite hoch und das Wachstum moderat blieben. Deutschland (schwarze Null!) war die Ausnahme (vgl. Tab. 1). Wie langwierig es ist, Schulden zu reduzieren, zeigt trotzdem Deutschland: Es dauerte eine Dekade des fortwährenden Aufschwungs, um den Schuldenstand wieder auf das Vorkrisenniveau von 60% des BIP zu bringen.

Effizienz der Staatstätigkeit

Die Erfahrung zeigt, dass Ausgabendisziplin am wichtigsten ist, um den Schuldenabbau erfolgreich zu meistern (vgl. Alesina, Favero und Giavazzi 2019;

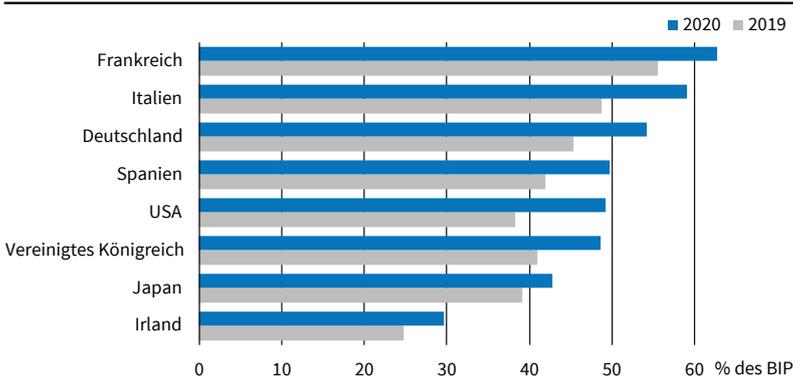
Tab. 1

Staatsverschuldung und Haushaltsdefizit (% des BIP)

	2007		2019		2020	
	Defizit	Schulden	Defizit	Schulden	Defizit	Schulden (Δ 2019)
Vereinigte Staaten	- 2,9	64,6	- 5,8	110,9	- 15,4	22,1
Japan	- 3,2	175,4	- 2,8	237,4	- 7,1	14,5
Kanada	1,8	66,8	- 0,4	94,9	- 11,8	20,9
Vereinigtes Königreich	- 2,6	41,9	- 2,1	85,4	- 8,3	10,3
Deutschland	0,2	63,7	1,4	59,8	- 5,5	8,9
Frankreich	- 2,5	64,4	- 3,0	98,5	- 9,2	16,9
Italien	- 1,5	99,8	- 1,6	134,8	- 8,3	20,7
G 7	- 2,2	80,6	- 1,87	115,3	- 8,1	14,2

Quelle: Internationaler Währungsfonds (April 2020), Fiscal Monitor.

Abb. 14
Staatsausgaben, Gesamtstaat



Quelle: Europäische Kommission (2020).

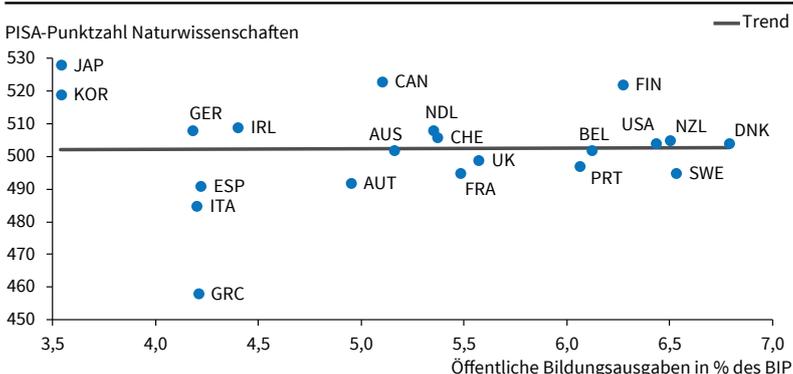
© ifo Institut

Schuknecht 2020). Höhere Steuern belasten Unternehmer und Haushalte und dadurch auch das Wachstum und die Staatsfinanzen.

Dass die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen vor allem Reformen auf der Ausgabenseite erfordert, ergibt sich aus den »nackten« Zahlen der Staatsquote, mit der wir Post-Covid umgehen müssen. Vor allem in Europa waren die Staatsausgaben schon vor Corona hoch; im Schnitt über 45% vom BIP. Sie lagen damit deutlich über der Konkurrenz in Asien und Amerika mit Quoten zwischen 20 und 40%. Für 2020 erwartete die EU-Kommission im Mai einen durchschnittlichen Anstieg von mindestens 7%. Das würde zu einer Staatsquote von fast 50% in Spanien, von fast 55% in Deutschland, von fast 60% in Italien und von ca. 63% des BIP in Frankreich führen (vgl. Abb. 14) und diese Zahlen erscheinen im Sommer 2020 eher optimistisch zu sein.

Solche Staatsquoten sind nicht nachhaltig, denn sie werden sich nicht dauerhaft finanzieren lassen. Die zu erhoffende wirtschaftliche Erholung wird sicher helfen, die Staatsquoten wieder zu senken. Aber dennoch ist zu erwarten, dass die Staatsausgaben relativ zum BIP wieder deutlich sinken müssen, um zu nachhaltigen Niveaus zurückzufinden. Das wiederum passt nicht mit den Ideen von mehr Staat, mehr Sozialausgaben und mehr staatlichen Interventionen zusammen.

Abb. 15
PISA-Ergebnisse in Naturwissenschaften und Bildungsausgaben, 2015



Quelle: Schuknecht (2020), Public Spending and the Role of the State, erscheint bei Cambridge University Press.

© ifo Institut

Effizientere Staatsausgaben

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Reform der Staatsausgaben in Richtung gesteigerter Effizienz. Nicht Inputs, sondern Performance entscheiden darüber ob mit staatlichen Ausgaben ein Mehrwert geschaffen wird und ob mit den gleichen (oder weniger) Ausgaben mehr erreicht werden kann (vgl. Afonso, Schuknecht und Tanzi 2005).

Ein gutes Beispiel dafür ist der Bildungsbereich. Höhere Bildungsausgaben gehen oft nicht mit höheren Bildungsleistungen einher (vgl. Schleicher und Schuknecht 2019; Schuknecht 2020). So haben z.B. Finnland, Japan und Korea mit die höchsten PISA-Ergebnisse, aber in Japan und Korea sind die öffentlichen Ausgaben relativ zum BIP nur halb so hoch wie in Finnland (vgl. Abb. 15). Deutschland gibt ähnlich viel öffentliches Geld für Bildung aus wie Griechenland, aber Deutschland liegt im oberen Mittelfeld, während Griechenland das Schlusslicht der Industrieländer bildet. Zudem haben in der letzten Dekade viele Länder, so auch Deutschland, ihre Bildungsausgaben erhöht, aber die PISA-Ergebnisse haben sich meist nicht verbessert.

Es geht also nicht darum, mehr Geld auszugeben, sondern darum, Geld besser auszugeben; nicht »mehr Staat«, sondern ein »besserer Staat« sollte das Motto sein. Viele Länder können viel Geld sparen, wenn sie effizienter werden.

In anderen Ausgabenbereichen ist die Lage ähnlich. Die Indikatoren für Performanz im Bereich der öffentlichen Infrastruktur oder im Gesundheitssektor korrelieren kaum mit der Höhe der Staatsausgaben (vgl. Schuknecht 2020). Die öffentliche Infrastruktur in Belgien, Deutschland oder Schweden wird als sehr hochwertig eingestuft, aber die Höhe der Ausgaben könnte unterschiedlicher nicht sein: Schweden liegt mit fast 4½% des BIP bei knapp dem Doppelten von Deutschland und Belgien mit 2½%.

Hier spielt die unterschiedliche Rolle des Privatsektors hinein, ebenso wie die Effizienz der öffentlichen Verwaltung. In vielen Ländern hat der Staat eine größere Rolle als nötig. In Deutschland dagegen werden Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, die Digitalinfrastruktur und das Energienetz vom Privatsektor unternommen. Das lässt die Infrastrukturausgaben im internationalen Vergleich niedriger erscheinen, als sie sind.

Argumente, dass der Staat vermehrt aktiv werden soll, weil er sich billiger finanziert, sind so pauschal gar nicht überzeugend. Der Privatsektor übernimmt meist ein erhebliches Risiko, und er ist in der Regel effizienter, braucht also weniger Geld, gemäß vieler ökonomischer Studien.

Auch im Gesundheitsbereich gilt, dass mehr Geld oft nicht mehr hilft. Deutschland, Japan und Frankreich haben sehr ähnliche Staatsausgabenquoten in diesem Bereich, und während Japan und Deutschland recht gut durch die Coronakrise gekommen sind, hatte

Frankreich große Probleme. Griechenland gibt wenig Geld für Gesundheit aus, hat die Krise aber recht gut gemeistert. Stattdessen sollten Reformen zu besserer Leistung und mehr Effizienz führen (vgl. auch SVR 2018/2019, Kap 8).

Sozialausgaben unter Kontrolle halten

Am wichtigsten wird die Kontrolle der Sozialausgaben sein. Deren Anteil erreicht vor Corona im Schnitt der Industrieländer schon ein Viertel des BIP und über 50% der staatlichen Gesamtausgaben (vgl. Schuknecht und Zemanek 2020). Die Bevölkerungsalterung wird zu noch mehr Ausgabendruck führen, was andere Ausgaben verdrängen könnte. Umso wichtiger ist die zukünftige Ausrichtung der Sozialpolitik an effizienter Zielerreichung und den finanziellen Spielräumen.

Regelbasierte Finanzpolitik stärken

Die fiskalpolitischen Herausforderungen zeigen besonders deutlich, wie wichtig eine regelgebundene Haushaltspolitik und ein ordnungspolitischer Kompass sind. Mit der Schuldenbremse in Deutschland und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in der EU gibt es ein solches Regelwerk das für nachhaltige und stabilitätsorientierte Haushaltspolitik steht. All diejenigen, die sich jetzt für die Krisenpolitik rühmen und haushaltspolitische Solidität belächeln, verschweigen gerne, dass dies ohne die solide Politik nach der Krise bis 2019 nicht möglich gewesen wäre. Auch die Spielräume für europäische Solidarität wären ohne deutsche Solidität sehr viel geringer.

Ein ungefähr ausgeglichener Haushalt insbesondere in guten Zeiten sorgt für moderate Schulden und erlaubt es dem Staat, stabilisierend auf die Wirtschaft einzuwirken. Dahin müssen Deutschland und Europa nach der Krise wieder zurückkehren, und dazu wird eine Umsetzung der deutschen und vor allem der europäischen Regeln unbedingt nötig sein. Der neue europäische Verschuldungsrahmen sollte daran nichts ändern, sondern dazu beitragen, über eine gute Mittelverwendung Wachstum und solide Staatsfinanzen in allen EU-Ländern zu fördern.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe bewährter Prinzipien der guten Haushaltsführung, die die Erfüllung der Kernaufgaben des Staates und die Effizienz der Staatsfinanzen verbessern. Dazu gehören eine realistische, mittelfristige Finanzplanung (eher eine Stärke von Deutschland), sogenannte Spending Reviews, also Ausgabenprogrammbewertungen, eine bessere Risikoanalyse (insbesondere für post-Corona Risiken aus dem Unternehmens- und Finanzsektor) und unabhängige Fiskalräte (vgl. OECD 2019b).

Für die öffentliche Infrastruktur gibt es klare Richtlinien, die die Effizienz und Zielerreichung fördern, inklusive langfristige Planung und Konsistenz, Priorisierung, Koordinierung und Evaluierung, politi-

sche Unterstützung, und Korruptionsvermeidung (vgl. OECD 2019b). Außerdem sollte, wie gesagt, dem Privatsektor eine starke Rolle zugebilligt werden, selbst wenn das nicht gerade in Mode ist. Auch dafür hat die OECD eine Reihe von Ordnungsprinzipien aufgestellt (vgl. Ruiz und Schuknecht 2019).

SCHLUSSFOLGERUNGEN: NICHT »MEHR«, SONDERN EINEN »BESSEREN« STAAT

Die Covid-19-Krise wurde bisher recht gut gemeistert, aber sie ist keine Sternstunde der Ordnungspolitik. Viele rufen nach mehr Staat, mehr staatlichen Ausgaben und mehr Interventionen. Dies ist jedoch keine Lösung; wir brauchen nicht mehr, sondern einen »besseren« Staat. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen und für gute Rahmenbedingungen, eine stabile Makroökonomie und die nötigen öffentlichen Güter sorgen. Dadurch können sich die Marktkräfte entfalten und zu mehr Chancengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wachstum beitragen. Es ist diese Art von sozialer Marktwirtschaft, die Stabilität und Vertrauen in Deutschland und Europa stärkt.

Dieser Beitrag hat einige besonders dringliche Herausforderungen analysiert und Lösungsvorschläge präsentiert. Wir brauchen eine marktfreundliche Ordnungspolitik mit besserer Regulierung und einem effizienteren Steuersystem zur Stärkung der Rahmenbedingungen für Investitionen – nicht mehr staatliche Nachfrage. International sind nicht die Renationalisierung der Produktion, sondern offene Märkte und Marktmechanismen im Klimaschutz angesagt, um unseren Wohlstand zu bewahren, Konflikte zu reduzieren und den Klimawandel zu meistern.

Außerdem müssen wir zu soliden Staatsfinanzen zurückzukehren und die Qualität der öffentlichen Ausgaben steigern. So werden wir die Herausforderungen aus hohen Schulden, schwachem Wachstum und demografischem Wandel meistern, anstatt weitere Krisen und Konflikte zu provozieren.

Wir können viel von anderen Ländern lernen und zunehmend liegen die außerhalb Europas in Asien. Es wird von Deutschland wie von seinen Partnerländern erhebliche Reformanstrengungen erfordern, um im globalen Wettbewerb der Unternehmen, der Menschen und der Systeme zu bestehen.

LITERATUR

Adalet McGowan, M., D. Andrews und V. Millot (2017), »The Walking Dead?: Zombie Firms and Productivity Performance in OECD Countries«, OECD Economics Department Working Papers No. 1372, OECD Publishing, Paris.

Afonso, A., L. Schuknecht und V. Tanzi (2005), »Public Sector Efficiency: An International Comparison«. *Public Choice* 123, 321–347.

Alesina, A., C. Favero und F. Giavazzi (2019), *Austerity: When It Works and When It Doesn't*, Princeton University Press, Princeton.

Braunberger, G. (2020), »Mehr Adam Smith wagen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. August.

Crivelli, E., R. de Mooij und M. Keen (2015), »Base Erosion, Profit Shifting and Developing Countries«, IMF Working Paper 15/118.

Erhard, L. (1957/2009), *Wohlstand für Alle*, Anaconda, Köln.

- Espitia, A., N. Rocha und M. Ruta (2020), *Database on COVID-19 trade flows and policies*, World Bank, Washington, DC.
- European Investment Bank (2019), *Investment Report 2019/2020*, Luxembourg.
- Fuest, C. (2020), *Wie wir unsere Wirtschaft retten: Der Weg aus der Corona-Krise*, Aufbau Verlag, Berlin.
- KfW (2020), *Kommunalpanel*, KfW, Frankfurt am Main.
- OECD (2015), *Results of the OECD-CoR Consultation of Subnational Governments*, OECD Publishing Paris.
- OECD (2016), *PISA-Ergebnisse*, Band 1, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2018), *Effective Carbon Rates 2018: Pricing Carbon Emissions Through Taxes and Emissions Trading*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2019a), *OECD Economic Outlook*, Issue 2, No. 106, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2019b), *Budgeting and Public Expenditures in OECD Countries 2019*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2020), *Taxing Wages 2020*, OECD Publishing, Paris.
- Ruiz Rivadeneira, A. M. und L. Schuknecht (2019), »Ensuring Effective Governance of Public Private Partnerships«, *Journal of Infrastructure Policy and Development* 3(2), verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.24294/jipd.v3i2.1148>.
- Schleicher, A. und L. Schuknecht (2019), »Bildung, Ausbildung, Fortbildung. Herausforderungen aus Internationaler Perspektive«, *ifo Schnelldienst* 72(15), 20–35.
- Schuknecht, L. (2019), »Fiscal-Financial Vulnerabilities«. SAFE White Paper 62. Frankfurt und CESifo Working Paper 7776.
- Schuknecht, L. (2020), *Public Spending and the Role of the State*, Cambridge University Press, Cambridge, im Erscheinen.
- Schuknecht, L. und H. Zemanek (2020), »Public Expenditure and the Risk of Social Dominance«, *Public Choice*, im Erscheinen, auch CESifo Working Paper 6894, 2018.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2018), *Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen*, Jahresgutachten 2018/19, Wiesbaden.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019), *Den Strukturwandel meistern*, Jahresgutachten 2019/20, Wiesbaden.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020), *Öffentliche Investitionen in Deutschland: Probleme und Reformbedarf*, Berlin.